

Nationalrat  
Kommission für Rechtsfragen  
3003 Bern

(per Mail zugestellt an:  
emanuella.gramegna@bj.admin.ch)

Luzern, 3. April 2014

## **11.449 Parlamentarische Initiative. Mitteilung von Erwachsenenschutzmassnahmen Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf / Stellungnahme KOKES**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren Nationalräte

Die KOKES (Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz) dankt Ihnen für die Möglichkeit, zur rubrizierten Vorlage Stellung nehmen zu können.

In unsere Stellungnahme erlauben wir uns einleitend einige grundsätzliche Überlegungen zum Reformvorhaben, anschliessend äussern wir uns zu den einzelnen Bestimmungen des Vorentwurfs und schliessen mit einem Fazit.

1

### **1. Grundsätzliche Überlegungen zum Reformvorhaben**

---

#### **1.1. Allgemeine Ausführungen zum Gutgläubensschutz**

Im Handlungsfähigkeitsrecht gibt es grundsätzlich keinen Schutz des guten Glaubens, d.h. niemand wird in seinem Vertrauen auf die Handlungsfähigkeit eines anderen geschützt. Der Gesetzgeber stellt die Interessen des Handlungsunfähigen über diejenigen der Geschäftspartner oder der Verkehrssicherheit. Die Unwirksamkeit eines Rechtsgeschäfts eines Handlungsunfähigen wird m.a.W. nicht deshalb ausgeschlossen, weil der Geschäftspartner die Handlungsunfähigkeit nicht kennt.<sup>1</sup>

Rechtsgeschäfte von urteilsunfähigen Personen sind nichtig (Art. 18 ZGB). Es gibt kein Schutz des guten Glaubens in die Urteilsfähigkeit des Geschäftspartners, und es kommt auch nicht darauf an, ob der Dritte um die Urteilsunfähigkeit weiss oder nicht. Art. 452 Abs. 1 ZGB sieht vor, dass eine Erwachsenenschutzmassnahme auch gutgläubigen Dritten entgegen gehalten werden kann. Abs. 2 räumt gutgläubigen Schuldern eine Sonderstellung ein. Vorbehalten ist die Schadenersatzpflicht aus unerlaubter Handlung (Art. 19b Abs. 2 ZGB) oder aus Billigkeit (Art. 54 OR).

Das Handlungsfähigkeitsrecht bedeutet m.a.W. eine Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit, weil Handlungsunfähigkeit im Allgemeinen und Urteilsunfähigkeit im Besonderen dem Geschäftspartner oft nicht erkennbar sind.

---

<sup>1</sup> Vgl. BeKo-Bucher, Art. 17/18 ZGB N 148, sowie von Thur/Peter, OR AT I, S. 212.

## 1.2. Entwicklung der Gesetzgebung

Im *alten Vormundschaftsrecht (gültig bis Ende 2012)* wurden Schutzmassnahmen, die die Handlungsfähigkeit beschränken oder entziehen, in den kantonalen Amtsblättern publiziert (Art. 375, 377 III, 397 II+III aZGB). Diese Publikationspflicht wurde wegen der stigmatisierenden Wirkung zunehmend kritisiert.

Im *Vorentwurf 2003* wurde deshalb vorgeschlagen, die Publikationspflicht abzuschaffen und stattdessen ein Auskunftsrecht von interessierten Dritten im Einzelfall vorzusehen. Im *Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf (2003/2004)* wurde der Verzicht auf die Publikation grundsätzlich befürwortet, auch wenn kritische Stimmen nicht ganz ausblieben<sup>2</sup> (vereinzelt wurde die Beibehaltung der Publikation bei den umfassenden Beistandschaften oder die Schaffung eines zentralen Massnahmenregisters gefordert). In der *Botschaft (2006)* hat der Bundesrat ausgeführt, dass die Veröffentlichung in der Gesellschaft keine konkrete Wirkung mehr zeigt, und dass die Kenntnisnahme der Veröffentlichung eine Fiktion ist. Damit bestehe ein krasses Missverhältnis zwischen dem hypothetischen Nutzen, den die Publikation haben könnte, und einer beträchtlichen Stigmatisierung der von der Massnahme betroffenen Person<sup>3</sup>. In der *parlamentarischen Debatte (2007/2008)* gab es weder im National- noch im Ständerat kritische Wortmeldungen zur Abschaffung der Publikationspflicht. Das Gesetz wurde in der Schlussabstimmung am 19. Dezember 2008 im Ständerat mit 43:0 (0 Enthaltungen) und im Nationalrat mit 191:2 (0 Enthaltungen) deutlich angenommen<sup>4</sup>.

Im *geltenden Recht (seit Januar 2013)* wird am Grundsatz, dass Massnahmen Dritten entgegen gehalten werden können, auch wenn diese gutgläubig sind, festgehalten (Art. 452 Abs. 1 ZGB). Im Unterschied zum alten Recht werden die Schutzmassnahmen aber nicht mehr veröffentlicht. Dritte, die ein Interesse glaubhaft machen, können sich im Einzelfall an die KESB (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde) wenden und Auskunft über das Vorliegen und die Wirkung einer Massnahme verlangen (Art. 451 Abs. 2 ZGB). Mit dem Ziel des möglichst unbürokratischen und schweizweit einheitlichen Umgangs mit solchen **Auskunftsbegehren** hat unsere Konferenz im Mai 2012 Empfehlungen verabschiedet<sup>5</sup>. Die Auskunftshoheit der KESB ist nicht nur wegen der Aktualität der Angaben (keine Lücken infolge ausgebliebener Mitteilung), sondern auch wegen der anspruchsvollen Interpretation der massgeschneiderten Massnahmen erforderlich (insb. bei den Vertretungs- und Mitwirkungsbeistandschaften ist genau zu prüfen, welche Aufgabenbereiche mit welcher Wirkung eingeräumt sind und inwiefern sich das mit dem in Frage kommenden Rechtsgeschäft überschneidet oder eben nicht). Die Wirkung der massgeschneiderten Massnahmen kann m.a.W. nicht ohne Weiteres von beliebigen Dritten interpretiert werden. Neben dem Auskunftsrecht wurde auch eine **Mitteilungspflicht** eingeführt: Bei Beistandschaften, die die Handlungsfähigkeit einschränken - d.h. Massnahmen nach Art. 394 Abs. 2, 396 und 398 ZGB – werden die Schuldner informiert und darauf aufmerksam gemacht, dass ihre Leistungen nur befreiende Wirkung hat, wenn sie diese dem Beistand erbringen (Art. 452 Abs. 2 ZGB).

<sup>2</sup> EJPD, Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse zum Vorentwurf 2003, Oktober 2004, S. 12 ([http://www.ejpd.admin.ch/content/ejpd/de/home/themen/gesellschaft/ref\\_gesetzgebung/ref\\_abgeschlossene\\_projekte0/ref\\_vormundschaft.html](http://www.ejpd.admin.ch/content/ejpd/de/home/themen/gesellschaft/ref_gesetzgebung/ref_abgeschlossene_projekte0/ref_vormundschaft.html)).

<sup>3</sup> Botschaft Erwachsenenschutz, BBl 2006, 7001 ff., 7090.

<sup>4</sup> AmtlBull NR 2008, 1975; AmtlBull SR 2008, 1058.

<sup>5</sup> Auskunft über das Vorliegen und die Wirkungen einer Massnahme des Erwachsenenschutzes (nArt. 451 Abs. 2 ZGB), Empfehlungen des Arbeitsausschusses KOKES vom Mai 2012, publiziert in: Zeitschrift für Kindes- und Erwachsenenschutz, Nr. 4/2012, S. 278-281 [d], 282-285 [f] und 286-289 [i]), vgl. Beilage.

### 1.3. Allgemeine Würdigung der Vorlage

Noch bevor das im Dezember 2008 verabschiedete Gesetz in Kraft getreten ist, hat Nationalrat Rudolf Joder bereits im Juni 2011 eine Gesetzesänderung beantragt. Es ist unverständlich, dass – ohne **Erfahrungen mit dem neuen Recht** zu sammeln – das Anliegen aufgenommen wurde. Die seit Januar 2013 gemachten Erfahrungen zeigen nunmehr, dass die Anfragen an die KESB zwar relativ selten geschehen, dass aber dort, wo die Auskunftsbegehren gestellt wurden, keinerlei Probleme bestanden. Der Umstand, dass diese Anfragen selten gemacht werden, darf nicht vorschnell als Reformbedarf verstanden werden. Ob seit der Abschaffung der Publikationspflicht tatsächlich vermehrt ungültige Verträge von Personen mit Erwachsenenschutzmassnahmen abgeschlossen wurden, ist weder belegt noch eingebracht. Selbst wenn das der Fall wäre, dürfte sich der finanzielle Ausfall von Geschäftspartnern in Grenzen halten.

Die von der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats (RK N) vorgeschlagene Eintragung im Betreibungsregister ist ein **unnötiger** und **unverhältnismässiger Eingriff** in die Persönlichkeit der betroffenen Personen. Die Einschränkung ist für die betroffene Person sogar noch stigmatisierender als im alten Recht, denn Betreibungsregisterauszüge werden in der Praxis weitaus häufiger eingeholt als Auskünfte bei den früheren Auskunfteien oder heute bei den KESB. Die RK N begrüsst zwar den Systemwechsel mit Hinweis auf die Stigmatisierungsgefahr, schlägt aber gleichzeitig eine weitaus stigmatisierende Eintragung im Betreibungsregister vor. Die Publikation im Amtsblatt war zwar grundsätzlich der Allgemeinheit zugänglich, beschränkte sich jedoch auf einen einzigen Zeitpunkt. Der Betreibungsregisterauszug spielt im alltäglichen Rechtsverkehr eine ungleich grössere Rolle, entsprechend ist die Stigmatisierung und Gefahr der Diskriminierung weitaus grösser.

Wieviele Personen wären von dieser Gesetzesänderung überhaupt betroffen? - Schätzungen über die Anzahl Massnahmen mit Handlungsfähigkeitsentzug/-einschränkung sind im Moment nicht verlässlich möglich, zumindest nicht schweizweit (die elektronische Erfassung der Fälle sortiert nach den Gesetzesartikeln ist noch nicht in allen KESB abgeschlossen). Um eine ungefähre Ahnung über die Grössenordnung zu erhalten, wagen wir eine Schätzung gestützt auf die Zahlen im alten Vormundschaftsrecht: Per 31.12.2012 bestanden in der Schweiz insgesamt 83'335 Erwachsenenschutzmassnahmen: Davon waren rund 37%, konkret 30'792, Massnahmen mit Handlungsfähigkeitsentzug/-einschränkung [26'510 Vormundschaften für Erwachsene gemäss Art. 369-372 aZGB und 4282 Beiratschaften nach Art. 395 aZGB]<sup>6</sup>. Angesichts des Umstands, dass im neuen Recht zusätzlich auch punktuelle Einschränkungen der Handlungsfähigkeit z.B. bezüglich der Verwaltung des Einkommens möglich sind (Art. 394 Abs. 2 ZGB), dürfte von **30'000-40'000 betroffenen Personen** ausgegangen werden.

Die RK N begrüsst die Abschaffung der Publikationspflicht, erachtet aber den Zugang Dritter zu den für einen Vertragsabschluss relevanten Angaben über die Handlungsfähigkeit als übermässig restriktiv. Sie schlägt vor, die Anordnung einer Massnahme dem Betreibungsamt mitzuteilen, damit dieses Dritte auf Gesuch hin über die Massnahme informieren kann. Potenzielle Vertragspartner sollen auf diese Weise mit verhältnismässig geringem Aufwand Kenntnis von einer Massnahme erlangen können.

Diesbezüglich muss klargestellt werden, dass das Betreibungsamt nicht über die konkrete Massnahme informieren kann, sondern im Betreibungsregister ist lediglich ein Vermerk drin, ob eine Massnahme mit Handlungsfähigkeitseinschränkung besteht. Wenn interessierte Dritte Genaueres über die Wirkungen der konkret verfügten Massnahme wissen möchten, müssen sie sich – wie im geltenden System auch – an die KESB wenden. Die Gefahr ist (zu) gross, dass sie sich diesen Schritt sparen und den Vertrag mit der betroffenen Person

<sup>6</sup> KOKES, Schweizerische Statistik der Massnahmen im Kindes- und Erwachsenenschutz 2012 (alle Kantone), publiziert in: Zeitschrift für Kindes- und Erwachsenenschutz 1/2014, S. 91.

vorsorglich nicht abschliessen. Die Stigmatisierung und offensichtliche Benachteiligung der betroffenen Personen (weil sie u.U. ein Rechtsgeschäft nicht abschliessen können, weil der Geschäftspartner irrtümlich annahm, die Handlungsunfähigkeit betrifft den betroffenen Geschäftsabschluss, obwohl die Handlungsunfähigkeit sich auf eine andere Sache bezog, das Betreibungsamt gibt ja keine genaue Information), wiegt weit schwerer als mit der altrechtlichen Publikation im Amtsblatt. Die Eintragung der Handlungsfähigkeitseinschränkung im Betreibungsregister ist entsprechend zwingend abzulehnen.

Hinzuweisen ist schliesslich, dass Handlungsfähigkeitseinschränkungen sich nicht zwingend auf finanzielle Angelegenheiten beziehen müssen. In der Vorlage werden keine Unterschiede gemacht, eingetragen werden alle Handlungsfähigkeitseinschränkungen. Dass der Eintrag einer Einschränkung der Handlungsfähigkeit in persönlichen Angelegenheiten im Betreibungsregister in der gleichen Form eingetragen wird wie eine Einschränkung in finanziellen Angelegenheiten, wäre zwingend zu vermeiden.

Die neu eingeführten Meldepflichten können für die Kantone auch Haftungsfragen auslösen. Gläubiger könnten sich nämlich auf den Standpunkt stellen, dass die KESB trotz vorhandener Meldepflicht nicht rechtzeitig einen Eintrag im Betreibungsregister veranlasst hat, und der der Kanton dann u.U. für ein widerrechtliches Unterlassen haftbar wäre (Art. 454 ZGB). Dieser Umstand steht der Einführung einer neuen Meldepflicht zwar nicht entgegen, muss aber mitberücksichtigt werden.

## 2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

---

### [Art. 395 Abs. 4 VE-ZGB - \[Anmerkung der Grundbuchsperr im Grundbuch\]](#)

Diese Streichung wird unterstützt.

*Begründung:* Die Bestimmung hat nur deklaratorischen Charakter, das Erfordernis der Anmerkung der Verfügungsbeschränkung im Grundbuch wird in Art. 962a Ziff. 1 ZGB festgehalten. Die Verschiebung zu den Mitteilungspflichten (Art. 449c Abs. 1 Ziff. 5 ZGB) erscheint richtig und wird unterstützt.

4

### [Art. 449c VE-ZGB - Mitteilungspflicht](#)

- **Allgemein:** Auch wenn die Aufzählung im ZGB nicht nötig wäre, unterstützen wir die Auflistung der verschiedenen Behörden, die von der KESB informiert werden müssen. Dies dient der Transparenz.
- **Abs. 1 Ingress [„unverzüglich“]**  
Diese Ergänzung wird abgelehnt. Es versteht sich von selbst, dass die KESB diese Mitteilungen so schnell wie möglich macht. Das Wort „unverzüglich“ ist unüblich bei Mitteilungspflichten und ist ersatzlos zu streichen. Die KESB muss ohnehin die dreissigtägige Beschwerdefrist abwarten, weshalb das Wort „unverzüglich“ falsche Erwartungen weckt und deshalb ersatzlos zu streichen ist.  
  
Im Bericht der RK N vom 25. Oktober 2013 wird ausgeführt, dass die Mitteilung die vollständigen Personenstandsdaten, das Dispositiv des Entscheids und das Datum des Eintritts der Rechtskraft zu enthalten hat. Selbstverständlich darf nicht das gesamte Dispositiv mitgeteilt werden, sondern nur das für den Empfänger Relevante.
- **Abs. 1 Ziff. 1 [Mitteilung an Zivilstandsamt]**
  - a) Anpassung wird unterstützt.
  - b) Anpassung wird unterstützt.
  - c) keine Anpassung, wird unterstützt.

- [Abs. 1 Ziff. 2 \[Mitteilung an Einwohnergemeinde\]](#)  
Anpassung wird unterstützt.  
Begründung: Dies ist eine Verlagerung von Aufgaben, die bisher von den Zivilstandsämtern gemacht wurde. Von der Sache her ist es sinnvoller bei der KESB.
- [Abs. 1 Ziff. 3 \[Mitteilung an Betreibungsamt\]](#)  
Anpassung wird unterstützt.  
Obwohl das geltende Recht keine explizite Meldepflicht an das Betreibungsamt kennt, entspricht die Meldung der gängigen Praxis und ist zu unterstützen. Die Mitteilung dient dem Ziel, die Betreibungsurkunden an die richtige Person zuzustellen (Art. 68c SchKG für Minderjährige und Art. 68d SchKG für Volljährige).  
Das Ziel der Weitergabe der Daten an Dritte ist abzulehnen, vgl. Bemerkungen oben unter allgemeine Würdigung der Vorlage sowie unten zu Art. 8a Abs. 3<sup>bis</sup> SchKG.  
  
Da Handlungsfähigkeitseinschränkungen nicht zwingend finanzielle Angelegenheiten betreffend (vgl. Ausführungen oben, zweitletzter Abschnitt unter allgemeine Würdigung), wäre lit. b zu präzisieren:  
**Vorschlag für lit. b)** :  
*b) sie für eine volljährige Person eine Beistandschaft errichtet, welche die Handlungsfähigkeit entzieht oder im Bereich der Vermögensverwaltung einschränkt, oder eine Mitteilung gemäss Art. 68d SchKG aus anderen Gründen angezeigt ist, oder (...)*
- [Abs. 1 Ziff. 4 \[Mitteilung an ausstellende Behörde nach Ausweisgesetz\]](#)  
Anpassung wird unterstützt.  
Diese Ergänzung macht Sinn.  
  
lit. a sollte hingegen analog der Regelung für Volljährige präzisiert werden um den Fall, dass den Eltern (oder einem Elternteil) die elterliche Sorge in Bezug auf den Antrag auf Ausstellung eines Ausweises gestützt auf Art. 308 Abs. 3 ZGB eingeschränkt wurde. Dies könnte wichtig sein bei Gefahr der Entführung eines Kindes ins Ausland durch einen nicht obhutsberechtigten Elternteil.  
**Vorschlag für lit. a)**:  
*a) für eine minderjährige Person eine Vormundschaft errichtet oder die elterliche Sorge in Bezug auf den Antrag auf Ausstellung eines Ausweises einschränkt, (...)*
- [Abs. 1 Ziff. 5 \[Mitteilung an Grundbuchamt\]](#)  
Anpassung wird unterstützt.  
Diese Ergänzung macht Sinn (vgl. auch Bemerkung zu Art. 395 Abs. 4 VE-ZGB).
- [Abs. 2 \[Wohnsitzwechsel - Antrag auf Löschung der Massnahmen beim Betreibungsamt\]](#)  
Anpassung wird abgelehnt.  
Im Zusammenhang mit der Ablehnung der vorgeschlagenen neuen Bestimmung von Art. 8a Abs. 3<sup>bis</sup> SchKG (vgl. unten) ist auch die Mitteilungspflicht bei Wohnsitzwechsel abzulehnen.  
In Abs. 1 von Art. 449c VE-ZGB wird geschrieben, dass die KESB die Entscheide betreffend Anordnung, Änderung und Aufhebung mitteilt. Das ist ausreichend. Der Wohnsitzwechsel muss nicht separat geregelt werden (umsomehr als die KESB von einem Wohnsitzwechsel oft auch erst spät erfährt).  
Hauptgrund für die Streichung ist aber, dass unsere Konferenz die Eintragung im Betreibungsregister und damit die Auskunft über Massnahmen durch das Betreibungsamt entschieden ablehnt, vgl. Bemerkungen oben unter allgemeine Würdigung der Vorlage sowie unten zu Art. 8a Abs. 3<sup>bis</sup> SchKG.

- [Abs. 3 \[Wohnsitzwechsel – Mitteilung der neu zuständigen KESB an das neu zuständige Betreibungsamt\]](#)  
Anpassung wird abgelehnt.  
Begründung: siehe Ausführungen zu Abs. 2. Es stellt sich generell die Frage, bei wem der Aufwand für die Auskunftseinholung resp. -erteilung liegen soll. Ist es sinnvoll, den KESB etliche Mitteilungspflichten zu übertragen, damit das Betreibungsamt eventuell eine aktuelle Auskunft geben kann? Oder soll man nicht besser die Angaben bei der bereits zuständigen KESB belassen und den Geschäftspartnern im Einzelfall zumuten, dort eine Anfrage zu machen?

#### [Art. 8a Abs. 3<sup>bis</sup> SchKG](#)

Diese Anpassung wird entschieden abgelehnt.

Vgl. unsere ausführliche Begründung vorne bei der grundsätzlichen Würdigung der Vorlage. Die Auskunft über die Betreibungsämter ist nicht nur mit weitreichenden Stigmatisierungen verbunden, sondern sie bietet vor allem keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Zum Einen weil das Betreibungsamt auf eine Mitteilung der KESB bezüglich Anordnung, Änderung oder Aufhebung angewiesen ist (angesichts der 30-tägigen Rechtsmittelfrist, die die KESB zwingend abzuwarten hat, ist das Risiko gross, dass gerade in dieser Zeit eine Anfrage kommt). Auch kann das Betreibungsamt keine genauen Informationen über Bestehen und Wirkung geben, für diese Informationen muss sich der interessierte Dritte auch weiterhin an die KESB wenden. Ausserdem ist diese Auskunft über die Betreibungsregister zu fehleranfällig, insb. wenn die betroffenen Personen den Wohnsitz häufig wechseln. Dies kommt bereits in der Formulierung im Vorentwurf „sofern die Massnahme dem Betreibungsamt mitgeteilt worden ist“ zum Ausdruck.

Zuständig für die Auskunft ist die KESB am Wohnsitz des Betroffenen (Art. 442 Abs. 1 Satz 1 ZGB). Die Adresse der zuständigen KESB kann mittels der vorhandenen Suchfunktionen<sup>7</sup> nach Gemeinden ohne grossen Aufwand gefunden werden.

### **Weitere Bestimmungen**

#### [Art. 12 Abs. 3 der Gebührenverordnung SchKG \(GebV SchKG, SR 281.35\)](#)

In der Praxis stellt sich oft die Frage, ob eine KESB für eine Betreibungsregister-Auskunft Gebühren zu zahlen hat oder nicht. Mit Blick auf Art. 12 Abs. 3 GebV SchKG sollte die vorliegende Gesetzesrevision genutzt werden, im Bundesrecht zu verankern, dass die Auskünfte und Berichte der Gerichte und Verwaltungsbehörden an die KESB im Rahmen der Amtshilfe kostenlos zu erteilen sind. Die KESB holen solche Betreibungsauskünfte häufig im Zusammenhang mit der Einsetzung eines privaten Beistands ein.

### **3. Fazit**

Die Klarstellung der Meldepflichten im ZGB und damit eine Ergänzung von Art. 449c VE-ZGB wird grundsätzlich unterstützt.

Vehement abgelehnt wird hingegen die Eintragung der Erwachsenenschutzmassnahmen im Betreibungsregister. Beim vorliegenden Reformvorhaben geht es um ein Abwägen zwischen dem Interesse von rund 30'000-40'000 verbeiständeten Personen am Schutz vor unnötiger

<sup>7</sup> Suchfunktion nach Gemeinden:  
<https://www.bj.admin.ch/content/bj/de/home/themen/gesellschaft/zivilstand/links.html>

Stigmatisierung einerseits und dem Interesse von Gewerbetreibenden an einfach erhältlichen (aber unvollständigen und u.U. nicht aktuellen) Informationen andererseits. Im Rahmen der Revision 2008 (in Kraft seit 2013) wurde dem Schutz der verbeiständeten Person klar der Vorrang eingeräumt und die KESB als Auskunftsort bestimmt. Bei der KESB als Auskunftsperson ist die Gewähr, dass die Angaben aktuell sind, zweifellos grösser als beim Betreibungsamt, das auf eine Mitteilung der KESB nach Ablauf der dreissigtägigen Beschwerdefrist angewiesen ist. Das einzige Risiko bei der KESB ist, dass eine andere KESB (auch) zuständig ist und Massnahmen angeordnet hat, die noch nicht mitgeteilt wurden (dieses Risiko besteht allerdings auch beim Betreibungsamt). Beim Betreibungsamt als Auskunftsstelle sind (weitere) Lücken in der Erfassung vorprogrammiert, das lässt sich auch bei einer sorgfältigen Arbeitsweise nicht vermeiden.

Dass der Aufwand für die Geschäftspartner bei einem Eintrag der handlungsfähigkeits-einschränkenden Massnahmen im Betreibungsregister geringer ist, ist unbestritten. Das darf aber nicht ausschlaggebendes Argument sein für eine Gesetzesänderung, umso mehr als der Aufwand durch die geplante Änderung auf die KESB übertragen werden (die Aussage im Bericht der RK N, dass der Aufwand bei den KESB zu keinem nennenswerten Mehraufwand führen sollte, ist falsch, denn der Mehraufwand ist durch die zusätzlichen Meldepflichten insb. auch beim Wohnsitzwechsel ausgewiesen).

Schliesslich ist nicht zu vergessen, dass die Geschäftspartner frei sind, mit wem sie Geschäfte abschliessen, und dass sie vom Geschäftspartner jederzeit auch verlangen können, dass dieser den Nachweis erbringt, dass er handlungsfähig ist.

Die bisherige Praxis hat bezüglich Auskünften zu keinerlei Problemen geführt und es ist nicht einzusehen, weshalb diese Praxis angepasst werden soll. Die geltende Rechtslage bietet ausreichend und unbürokratische Möglichkeiten, direkt von der KESB die nötigen und vollständigen Informationen (nicht nur Aussage zum Vorliegen einer Handlungsfähigkeits-einschränkung, sondern auch eine Aussage zur Massnahmen-Art und vor allem mit welcher Wirkung) zu erhalten. Sollten punktuelle Anpassungen bei der Auskunftspraxis der KESB auftreten oder angetroffen werden, ist eine Ergänzung der bereits bestehenden Empfehlungen der KOKES zu prüfen.

7

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse und die wohlwollende Aufnahme unserer Anliegen bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage. Bei Bedarf stehen wir gerne auch für eine Anhörung zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**Konferenz der Kantone  
für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES**



Guido Marbet,  
Präsident



Diana Wider,  
Generalsekretärin

Beilagen:

- Empfehlungen „Auskunft über das Vorliegen und die Wirkungen einer Massnahme des Erwachsenenschutzes (Art. 451 Abs. 2 ZGB)“, publiziert in: Zeitschrift für Kindes- und Erwachsenenschutz Nr. 4/2012, S. 278-281 [d], 282-285 [f] und 286-289 [i].

# Auskunft über das Vorliegen und die Wirkungen einer Massnahme des Erwachsenenschutzes (nArt. 451 Abs. 2 ZGB)

## Empfehlungen des Arbeitsausschusses KOKES vom Mai 2012

---

**Stichwörter:** Amtsgeheimnis, Auskunftserteilung, Erwachsenenschutzrecht, Handlungsfähigkeit, Interessennachweis, Publizität, Rechtsgeschäft, Verschwiegenheitspflicht, Zusammenarbeitspflicht

---

### Wortlaut der Gesetzesbestimmung

*Dritter Abschnitt: Verhältnis zu Dritten und Zusammenarbeitspflicht*

*A. Verschwiegenheitspflicht und Auskunft*

*Art. 451*

<sup>1</sup> *Die Erwachsenenschutzbehörde ist zur Verschwiegenheit verpflichtet, soweit nicht überwiegende Interessen entgegenstehen.*

<sup>2</sup> *Wer ein Interesse glaubhaft macht, kann von der Erwachsenenschutzbehörde Auskunft über das Vorliegen und die Wirkungen einer Massnahme des Erwachsenenschutzes verlangen.*

### Gegenstand der nachstehenden Empfehlungen

Die nachstehenden Empfehlungen beschränken sich auf jene Auskunftsbegehren, mit denen ein Dritter Kenntnis erlangen will, ob für eine bestimmte Person, die mit ihm ein Rechtsgeschäft abschliessen will oder bereits abgeschlossen hat, eine erwachsenenschutzrechtliche Massnahme besteht, mit der eine Einschränkung der Handlungsfähigkeit verbunden ist, welche die betroffene Person daran hindert bzw. gehindert hat, das entsprechende Rechtsgeschäft gültig abzuschliessen.

Es sind andere Interessenlagen von Dritten denkbar, die einen Anspruch auf Auskunft begründen, z.B. Dritte, die bisher im Auftrag der betroffenen Person für diese bestimmte Angelegenheiten besorgt haben oder der betroffenen Person im persönlichen Bereich beigestanden sind. Der Umgang mit solchen anderen Interessenlagen ist nicht Gegenstand der nachstehenden Empfehlungen.

### Einleitende Bemerkung

Es ist davon auszugehen, dass es in der Regel nicht nur im Interesse des Dritten, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der in ihrer Handlungsfähigkeit durch eine Erwachsenenschutzmassnahme eingeschränkten Person und im Interesse ihres Beistandes/ihrer Beiständin liegt, dass diese Einschränkung potentiellen Vertragspartner(inne)n gegenüber transparent gemacht wird, um den

ungültigen Abschluss von Rechtsgeschäften und die daraus häufig entstehenden Nachteile zu verhindern (evtl. Schadenersatzpflicht gemäss nArt. 452 Abs. 3 ZGB / Unsicherheiten und aufwändige Umtriebe im Zusammenhang mit der Rückgabe von Leistungen). Es ist deshalb zweckmässig, für die Auskunftserteilung keine allzu hohen Hürden aufzustellen.

Die betroffene Person selber kann ohne speziellen Interessennachweis eine Bestätigung der zuständigen Erwachsenenschutzbehörde (ESB) betreffend das Nichtvorliegen einer Erwachsenenschutzmassnahme verlangen.

### 1. *Zuständigkeit für die Bearbeitung eines Auskunftsbegehrens*

Nur eine Erwachsenenschutzbehörde (ESB) ist für die Erteilung der Auskunft zuständig. Wird das Auskunftsgesuch bei einer anderen Amtsstelle (z.B. Gemeindeganzlei, Betreibungsamt, Zivilstandsamt) gestellt, ist diese allenfalls nach verwaltungsrechtlichen Regeln verpflichtet, das Gesuch an die zuständige ESB weiter zu leiten.

Die unzuständige Amtsstelle ist, auch wenn sie vom Bestehen bzw. Nichtbestehen einer erwachsenenschutzrechtlichen Massnahme Kenntnis hat, nicht berechtigt, die nachgesuchte Auskunft zu erteilen.

Zuständig ist die ESB, in deren örtlichem Zuständigkeitsbereich die betroffene Person ihren Wohnsitz hat.

### 2. *Voraussetzungen für die Auskunftserteilung*

#### a) *Interesse*

Der bereits getätigte oder beabsichtigte Abschluss eines Rechtsgeschäftes gilt als ausreichendes Interesse im Sinne von nArt. 451 Abs. 2 ZGB, insbesondere dann, wenn der Dritte seinem Vertragspartner eine Vorleistung erbringen und die Gegenleistung des Vertragspartners zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen soll. Bei vorgesehener Zug-um-Zug-Erbringung der beidseitigen Leistungen (Barzahlung) ist das Interesse als gegeben zu qualifizieren, wenn das Geschäft nicht bloss eine geringfügige Angelegenheit des täglichen Lebens im Sinne von nArt. 19 Abs. 2 ZGB betrifft.

#### b) *Auskunftsgesuch (Anfrage)*

*Form:* Das Auskunftsgesuch des Dritten ist schriftlich einzureichen, wobei die elektronische Übermittlung (E-Mail) genügt.

*Inhalt:* Das Auskunftsgesuch muss enthalten:

- Name, Vorname, Adresse und ggf. Firmenbezeichnung des Gesuchstellers,
- Name, Vorname, Adresse und Geburtsdatum des potentiellen Vertragspartners, über den Auskunft verlangt wird,
- kurze Beschreibung des bereits getätigten bzw. beabsichtigten Rechtsgeschäftes (Bezeichnung/Bezifferung der beidseitigen Leistungen, Modalitäten der Leistungserbringung).

c) Glaubhaftmachung

In der Regel kann davon abgesehen werden, vom Dritten die Beibringung von Belegen (Vertrag, Vertragsofferte, Bestellschein etc.) zu verlangen. Besteht ein Verdacht, dass der Dritte den beabsichtigten Abschluss eines Rechtsgeschäftes vortäuscht, um an Informationen zu gelangen, auf die er sonst keinen Anspruch hätte, soll die ESB unter Angabe der Verdachtsgründe entsprechende Belege verlangen oder den Dritten auf die Möglichkeit hinweisen, dass der Vertragspartner bei der ESB selber eine Bescheinigung bezüglich des Fehlens einer Einschränkung der Handlungsfähigkeit verlangen kann.

### 3. *Auskunft der ESB*

a) Form und Frist

Die ESB teilt nach Konsultation ihres Registers dem/der Gesuchsteller/in und der betroffenen Person das Resultat so rasch wie möglich, spätestens innert zwei Arbeitstagen schriftlich mit (Postaufgabe A-Post). Die gleichen Fristen gelten, wenn der/die Gesuchsteller/in die betroffene Person ist.

b) Inhalt

Die Mitteilung lautet:

*Variante 1:*

Bei der ESB {Bezeichnung} ist für {Name und Vorname der betroffenen Person}, geb. am {Datum}, wohnhaft {Adresse}, keine erwachsenenschutzrechtliche Einschränkung der Handlungsfähigkeit vorgemerkt, die einen gültigen Abschluss des im Auskunftsgesuch bezeichneten Rechtsgeschäftes ({Kurzbezeichnung des Rechtsgeschäftes}) ausschliessen würde.

*Variante 2:*

*2a) ohne Einbezug der Beiständin oder des Beistandes:*

Bei der ESB {Bezeichnung} ist für {Name und Vorname der betroffenen Person}, geb. am {Datum}, wohnhaft {Adresse}, eine erwachsenenschutzrechtliche Einschränkung der Handlungsfähigkeit vorgemerkt, die einen gültigen Abschluss des im Auskunftsgesuch bezeichneten Rechtsgeschäftes ({Kurzbezeichnung des Rechtsgeschäftes}) allenfalls ausschliesst. Konkret ist folgende Einschränkung der Handlungsfähigkeit verzeichnet: {Formulierung gemäss Beschluss der ESB}.

*2b) mit Einbezug der Beiständin oder des Beistandes:*

Bei der ESB {Bezeichnung} ist für {Name und Vorname der betroffenen Person}, geb. am {Datum}, wohnhaft {Adresse}, eine erwachsenenschutzrechtliche Einschränkung der Handlungsfähigkeit vorgemerkt, die einen gültigen Abschluss des im Auskunftsgesuch bezeichneten Rechtsgeschäftes ({Kurzbezeichnung des Rechtsgeschäftes}) allenfalls ausschliesst. Es wird empfohlen, die Beiständin / den Beistand {Name, Adresse, evtl. Telefon} zu konsultieren.

*Variante 3:*

Bei der ESB {Bezeichnung} wird für {Name und Vorname der betroffenen Person}, geb. am {Datum}, wohnhaft {Adresse}, eine erwachsenenschutzrechtliche Massnahme geführt. Ob diese mit einer Einschränkung der Handlungsfähigkeit zu versehen ist, welche das im Auskunftsgesuch bezeichnete Rechtsgeschäft ({Kurzbezeichnung des Rechtsgeschäftes}) tangiert, bedarf weiterer Klärung. Sie erhalten so rasch wie möglich definitiven Bericht.

*Variante 4:*

Bei der ESB {Bezeichnung} ist ein Verfahren betreffend Abklärung der Notwendigkeit einer erwachsenenschutzrechtlichen Massnahme für {Name und Vorname der betroffenen Person}, geb. am {Datum}, wohnhaft {Adresse}, hängig. Ob im Sinne einer vorsorglichen Massnahme eine Einschränkung der Handlungsfähigkeit anzuordnen ist, welche das im Auskunftsgesuch bezeichnete Rechtsgeschäft ({Kurzbezeichnung des Rechtsgeschäftes}) tangiert, bedarf weiterer Klärung. Sie erhalten so rasch wie möglich definitiven Bericht über eine allenfalls von der ESB getroffene vorsorgliche Massnahme.

## c) Ergänzende Information

Die Auskunft (o. lit. a – Variante 1, 2, 3 oder 4) wird mit folgender Information ergänzt:

Die ESB stellt für die Bearbeitung des Auskunftsgesuchs auf die im Gesuch aufgeführten Angaben ab und überprüft nicht die Übereinstimmung mit Eintragungen in den Einwohnerregistern. Insbesondere erfolgt keine Überprüfung, ob die Person, über die um Auskunft nachgesucht wird, im Einwohnerregister der angegebenen Wohngemeinde eingetragen ist.

Die ESB ist ferner nicht in der Lage auszuschliessen, dass eine ESB, die für einen früheren Wohnort der betroffenen Person örtlich zuständig war, eine erwachsenenschutzrechtliche Massnahme angeordnet hatte und diese noch nicht an die für den aktuellen Wohnort zuständige Behörde übertragen hat.

Die Auskunft äussert sich lediglich zu allfälligen Einschränkungen der Handlungsfähigkeit durch eine Massnahme des Erwachsenenschutzrechtes. Zur Frage der Urteilsfähigkeit der betroffenen Person bezüglich des fraglichen Rechtsgeschäftes wird mit der Auskunft nichts ausgesagt.

## d) Kosten:

Die allfälligen Gebühren gehen zu Lasten der anfragenden Person.

## Information sur l'existence et les effets d'une mesure de protection de l'adulte (art. 451 al. 2 nCC)

Recommandation de la Commission permanente de la COPMA (mai 2012)

*Mots-clés:* Acte juridique, Droit de protection de l'adulte, Exercice des droits civils, Information sur les mesures, Intérêt vraisemblable, Obligation de collaborer, Publicité, Secret de fonction

### Libellé de la disposition légale

*Chapitre III: Du rapport à l'égard des tiers et de l'obligation de collaborer*

*A. Secret et information*

*Art. 451 nCC*

<sup>1</sup> *L'autorité de protection de l'adulte est tenue au secret, à moins que des intérêts prépondérants ne s'y opposent.*

<sup>2</sup> *Toute personne dont l'intérêt est rendu vraisemblable peut exiger de l'autorité de protection de l'adulte qu'elle lui indique si une personne déterminée fait l'objet d'une mesure de protection et quels en sont les effets.*

### Objet des recommandations suivantes

Les recommandations suivantes se limitent aux demandes de renseignement émanant d'un tiers qui entend savoir si une mesure relevant du droit de la protection de l'adulte a été prononcée à l'endroit d'une personne déterminée avec laquelle il veut conclure ou a déjà conclu un acte juridique, cette mesure impliquant une restriction de la capacité d'agir empêchant ou ayant empêché la personne qui en fait l'objet de conclure valablement l'acte juridique en question.

On peut envisager que d'autres intérêts de tiers justifient une demande de renseignement, par exemple si ces tiers se sont acquittés jusque là, sur mandat de la personne concernée, de certaines affaires l'intéressant ou s'ils ont accompagné la personne concernée dans des affaires personnelles. Le traitement de ces autres intérêts ne fait pas l'objet des recommandations suivantes.

### Remarque introductive

Il faut partir du principe qu'il est généralement dans l'intérêt non seulement de la personne tierce, mais aussi dans l'intérêt bien compris de la personne limitée dans sa capacité d'agir par une mesure de protection de l'adulte et dans l'intérêt de son curateur que cette limitation soit transparente face aux partenaires contractuels potentiels, de manière à empêcher la conclusion d'affaires juridiques non valables et les désavantages qui en découlent fréquemment (éventuelle obligation de dédommagement au sens de art. 452 al. nCC/insécurité et démarches

fastidieuses liées au remboursement des prestations). Il est donc opportun de ne pas dresser d'obstacle trop élevé à la transmission de renseignements.

La personne concernée peut, sans que ses intérêts soient spécialement attestés, demander elle-même à l'autorité de protection de l'adulte (APA) la confirmation qu'aucune mesure de protection de l'adulte n'est en vigueur.

### 1. *Compétence pour traiter une demande de renseignement*

Seule une autorité de protection de l'adulte (APA) a qualité pour fournir le renseignement.

Si la demande de renseignement est adressée à un autre service officiel (p.ex. chancellerie municipale, office des poursuites, office de l'état civil), celui-ci est tenu de transmettre la demande à l'APA compétente, conformément aux éventuelles règles de droit administratif en vigueur.

Même s'il est informé de l'existence ou de la non-existence d'une mesure relevant du droit de la protection de l'adulte, le service officiel non compétent n'est pas habilité à fournir le renseignement demandé.

L'autorité compétente est l'APA dont la compétence géographique comprend le domicile de la personne concernée.

### 2. *Conditions du renseignement*

#### a) Intérêt

La conclusion d'un acte juridique, réalisée ou projetée, est réputée constituer un intérêt suffisant au sens de art. 451 al. 2 nCC, en particulier si la personne tierce fournit une prestation préalable à son partenaire contractuel et que la contrepartie de celui-ci doit survenir ultérieurement. Au cas où les deux prestations doivent survenir simultanément (paiement au comptant), la transaction sera réputée constituer un intérêt s'il ne s'agit pas d'une affaire mineure de la vie courante au sens de art. 19 al. 2 nCC.

#### b) Demande de renseignement (demande)

*Forme:* la demande de renseignement soumise par le tiers doit être transmise par écrit, un courrier électronique (courriel) étant suffisant.

*Contenu:* la demande de renseignement doit comprendre les points suivants:

- nom, prénom, adresse et, le cas échéant, désignation de la raison sociale du requérant;
- nom, prénom, adresse et date de naissance du partenaire contractuel potentiel au sujet duquel des renseignements sont demandés;
- brève description de l'acte juridique déjà conclu ou projeté (désignation/quantification des deux prestations, modalités de la fourniture des prestations).

c) Etablissement de la vraisemblance

Il est généralement possible de renoncer à demander au tiers qu'il fournisse des éléments de preuve (contrat, offre de contrat, bulletin de commande, etc.). S'il y a lieu de soupçonner que le tiers simule un projet de conclusion d'acte juridique, afin d'obtenir des informations auxquelles il n'aurait autrement pas droit, l'APA doit exiger de lui les justificatifs correspondants en précisant les causes de suspicion ou elle doit lui signaler la possibilité donnée à son partenaire contractuel de demander auprès de l'APA un document attestant l'absence d'une limitation de sa capacité d'agir.

### 3. Renseignements de l'APA

a) Forme et délai

Après avoir consulté son registre, l'APA communique le résultat par écrit (courrier A) au requérant et à la personne concernée aussi rapidement que possible, dans un délai maximum de deux jours ouvrés. Les mêmes délais s'appliquent si le requérant est la personne concernée.

b) Contenu

La communication est libellée comme suit:

*Variante 1*

Le registre de l'APA {désignation} ne contient aucune mesure relevant du droit de la protection de l'adulte qui limiterait la capacité d'agir de {nom et prénom de la personne concernée}, né(e) le {date} et domicilié(e) à {adresse}, au point d'exclure la conclusion valable de l'acte juridique décrit dans la demande de renseignement ({désignation sommaire de l'acte juridique}).

*Variante 2*

*2a) Sans recourir au curateur:*

Le registre de l'APA {désignation} contient une mesure relevant du droit de la protection de l'adulte qui limite la capacité d'agir de {nom et prénom de la personne concernée}, né(e) le {date} et domicilié(e) à {adresse}, au point d'exclure la conclusion valable de l'acte juridique décrit dans la demande de renseignement ({désignation sommaire de l'acte juridique}). Concrètement, l'annotation limitant la capacité d'agir est la suivante: {formulation selon la décision de l'APA}.

*2b) En recourant au curateur:*

Le registre de l'APA {désignation} contient une mesure relevant du droit de la protection de l'adulte qui limite la capacité d'agir de {nom et prénom de la personne concernée}, né(e) le {date} et domicilié(e) à {adresse}, au point d'exclure la conclusion valable de l'acte juridique décrit dans la demande de renseignement ({désignation sommaire de l'acte juridique}). Il est recommandé de consulter le curateur {nom, adresse, év. téléphone}.

*Variante 3*

Le registre de l'APA {désignation} contient une mesure relevant du droit de la protection de l'adulte concernant {nom et prénom de la personne concernée}, né(e) le {date} et domicilié(e) à {adresse}. Des clarifications supplémentaires sont nécessaires pour déterminer si cette mesure implique une limitation de la capacité d'agir supposée par la conclusion de l'acte juridique décrit dans la demande de renseignement ({désignation sommaire de l'acte juridique}). Vous recevrez notre rapport définitif aussi rapidement que possible.

*Variante 4*

Une procédure visant à clarifier la nécessité de prendre une mesure relevant du droit de la protection de l'adulte pour {nom et prénom de la personne concernée}, né(e) le {date} et domicilié(e) à {adresse}, est actuellement en cours auprès de l'APA {désignation}. Des enquêtes supplémentaires sont nécessaires pour déterminer s'il faut ordonner, à titre de mesure provisionnelle, une limitation de la capacité d'agir susceptible d'influencer la conclusion de l'acte juridique décrit dans la demande de renseignement ({désignation sommaire de l'acte juridique}). Vous recevrez aussi rapidement que possible un rapport définitif sur une éventuelle mesure provisionnelle prise par l'APA.

## c) Information complémentaire

Les renseignements (ci-dessus, let. a, variantes 1, 2, 3 ou 4) sont complétés par l'information suivante.

Pour traiter la demande de renseignement, l'APA se réfère aux données mentionnées dans la requête. Elle n'en vérifie par la concordance avec les données des registres des habitants. En particulier, elle ne vérifie pas que la personne faisant l'objet d'une demande de renseignement figure dans le registre des habitants de la commune de domicile indiquée.

En outre, l'APA contactée n'est pas en situation d'exclure qu'une autre APA, dont la compétence territoriale couvre un ancien domicile de la personne concernée, ait ordonné une mesure relevant du droit de protection de l'adulte et qu'elle ne l'ait pas encore transmise à l'autorité compétente pour le domicile actuel.

Les renseignements ne portent que sur les éventuelles limitations de la capacité d'agir impliquées par une mesure relevant du droit de la protection de l'adulte. Les renseignements fournis ne précisent pas si la personne concernée est capable de discernement quant à l'acte juridique en question.

## d) Coûts

Les frais éventuels sont à la charge du requérant.

## **Informazioni sull'esistenza e sugli effetti di un provvedimento di protezione degli adulti (art. 451 cpv. 2 nCC)**

**Raccomandazioni del gruppo di lavoro COPMA del maggio 2012**

---

*Parole chiave: Segreto d'ufficio, Informazione, Diritto di protezione degli adulti, Capacità d'agire, Interesse verosimile, Pubblicità, Negozio giuridico, Obbligo di mantenere il segreto, Obbligo di collaborazione.*

---

### **Testo delle norme di legge**

*Capo terzo: Dei rapporti con i terzi e obbligo di collaborazione*  
*Art. 451*

<sup>1</sup> *L'autorità di protezione degli adulti è tenuta alla discrezione, salvo che interessi preponderanti vi si oppongano.*

<sup>2</sup> *Chi rende verosimile un interesse può chiedere all'autorità di protezione degli adulti se sussiste una misura di protezione degli adulti e quali ne siano gli effetti.*

### **Oggetto delle seguenti raccomandazioni**

Le seguenti raccomandazioni si limitano al contesto delle domande d'informazione con le quali un terzo vuole sapere se in favore di una specifica persona, con la quale ha concluso o vuole concludere un negozio giuridico, esiste una misura di diritto di protezione degli adulti che comprende una limitazione della capacità d'agire e ostacola o ha ostacolato la conclusione valida del negozio giuridico.

### **Osservazione introduttiva**

Di regola si ritiene che nella fattispecie non è coinvolto il solo interesse di terzi ma anche quello della persona limitata nella sua capacità d'agire da una misura di protezione degli adulti e del suo curatore, rispettivamente della sua curatrice. E' quindi necessario che questa limitazione sia resa trasparente alle potenziali parti contraenti per evitare il ricorrente pregiudizio che può sorgere in conseguenza della conclusione di un negozio giuridico nullo (eventuale obbligo di risarcire il danno conformemente all'art. 452 cpv. 3 CC/insicurezza e operazioni dispendiose in rapporto alla restituzione della prestazione). E' perciò consigliato di non limitare l'informazione, frapponendo ostacoli troppo alti.

La persona coinvolta può, senza dover dimostrare uno specifico interesse, esigere una dichiarazione dalle competenti autorità di protezione degli adulti (APA) concernente la non esistenza nei suoi confronti di un provvedimento di protezione degli adulti.

## 1. *Competenza per l'elaborazione di una domanda d'informazione*

Solo un'autorità di protezione degli adulti (APA) è competente per rilasciare informazioni di questo genere. Nel caso in cui l'istanza è fatta ad un'altra autorità (p.es. Cancelleria comunale, Ufficio esecuzioni e fallimenti, Ufficio dello stato civile) questa è tenuta in ogni caso, in ossequio alle regole di diritto amministrativo, a trasmettere la domanda alle competenti APA.

L'ufficio non competente, anche se è a conoscenza dell'esistenza o dell'inesistenza di una misura vigente di diritto di protezione degli adulti, non è autorizzato a rilasciare l'informazione richiesta.

Competente è l'APA in cui la persona interessata, nel raggio di competenza di questa autorità, ha il proprio domicilio.

## 2. *Condizioni per dare informazioni*

### a) Interesse

La conclusione avvenuta o l'intenzione di concludere un negozio giuridico, è sufficiente per determinare un interesse verosimile ai sensi dell'art. 451 cpv. 2 CC, in particolare quando il terzo ha già fornito una prestazione anticipata e la controprestazione del partner contrattuale si esegue più tardi. Se si compie uno scambio reciproco con prestazione e controprestazione immediate (pagamento in contanti), nel caso in cui il negozio esula dalle necessità giornaliere correnti della vita ai sensi dell'art. 19 cpv. 2 CC, l'interesse presunto deve essere valutato.

### b) Richiesta d'informazione (domanda)

*Forma:* La richiesta d'informazione dei terzi è fatta nella forma scritta. E' tuttavia permessa la trasmissione elettronica (E-Mail) dell'istanza.

*Contenuto:* La domanda d'informazione deve comprendere:

- Nome, cognome, indirizzo dell'istante e se del caso nome della ditta,
- Nome, cognome, indirizzo e data di nascita della potenziale parte contraente, oggetto della domanda d'informazione,
- Descrizione sommaria del negozio giuridico concluso o previsto (denominazione e valutazione delle prestazioni reciproche, modalità per l'effettuazione).

### c) Credibilità

Di regola si può derogare dalla facoltà di chiedere a terzi la presentazione di documenti giustificativi (contratto, offerta di contratto, bollettino d'ordinazione, ecc.). Se c'è il sospetto che il terzo simuli l'intenzione di concludere un negozio giuridico per accedere all'informazione alla quale non ha diritto, l'APA, adducendo le ragioni del sospetto, può chiedere la relativa documentazione oppure informare i terzi sulla possibilità che ha la parte contraente di chiedere all'APA una dichiarazione dell'inesistenza di un provvedimento di limitazione della capacità d'agire.

### 3. *Informazioni dalle APA*

#### a) Forma e termini

L'APA informa per iscritto e tempestivamente (Posta A), al più tardi entro due giorni lavorativi, l'istante e la persona coinvolta sul risultato della consultazione dei suoi registri. Gli stessi termini valgono nel caso in cui l'istante è anche la persona interessata.

#### b) Contenuto

Testi dell'informazione:

##### *Variante 1*

Presso l'APA (denominazione) nei confronti di (cognome, nome, data di nascita e indirizzo della persona interessata), non sono in vigore secondo il diritto della protezione degli adulti, limitazioni della capacità d'agire che potrebbero escludere una conclusione valida del negozio giuridico indicato nella domanda d'informazione.

##### *Variante 2*

###### *2a) senza coinvolgimento del curatore o della curatrice:*

Presso l'APA (denominazione) nei confronti di (cognome, nome, data di nascita, indirizzo della persona interessata) è in vigore secondo il diritto della protezione degli adulti, una limitazione della capacità d'agire che in ogni caso preclude una conclusione valida del negozio giuridico (breve descrizione del negozio) oggetto dell'istanza. Concretamente è specificata la seguente limitazione della capacità d'agire (formulazione secondo la decisione dell'APA).

###### *2b) con il coinvolgimento del curatore o della curatrice:*

Presso l'APA (denominazione) nei confronti di (cognome, nome, data di nascita, indirizzo della persona interessata) è vigente secondo il diritto della protezione degli adulti, una limitazione della capacità d'agire che in ogni caso preclude una conclusione valida del negozio giuridico (breve descrizione del negozio) oggetto dell'istanza. Si consiglia di consultare il curatore/la curatrice (cognome, nome, indirizzo ed ev. no. di telefono del curatore, risp. della curatrice).

##### *Variante 3*

Presso l'APA (denominazione), nei confronti di (cognome, nome, data di nascita, indirizzo della persona interessata) è in vigore secondo il diritto della protezione degli adulti, una limitazione della capacità d'agire. Per accertare se questo provvedimento comprende una limitazione della capacità d'agire che incide nel negozio giuridico oggetto dell'istanza (breve descrizione del negozio) occorrono ulteriori approfondimenti. Riceverete il più presto possibile un rapporto definitivo.

##### *Variante 4*

Presso l'APA (denominazione) nei confronti di (cognome, nome, data di nascita, indirizzo della persona interessata) è in corso secondo il diritto della protezione degli adulti, una procedura per verificare la necessità di istituire una misura

limitante la capacità d'agire. Ulteriori accertamenti sono necessari ai fini di chiarire se devono essere adottati provvedimenti provvisori per una limitazione della capacità d'agire che incidono sul negozio giuridico oggetto dell'istanza (breve descrizione del negozio). Riceverete il più presto possibile un rapporto definitivo su eventuali provvedimenti provvisori decisi dall'APA.

c) Ulteriori informazioni

Le istruzioni (o.lett.a – Variante 1, 2, 3, o 4) sono completate dalle seguenti indicazioni:

L'APA, nell'elaborazione delle istanze d'informazione, non si sofferma sui dati dell'istanza e non esamina la conformità degli stessi con le iscrizioni nel registro degli abitanti. In particolare non verifica se la persona sulla quale si chiedono informazioni è iscritta nel registro degli abitanti del Comune indicato.

L'APA non è inoltre in grado di escludere che un'APA d'altra sede, competente per la decisione, non abbia precedentemente ordinato un provvedimento secondo il diritto di protezione degli adulti che non è ancora stato trasmesso alle autorità competenti dell'attuale domicilio dell'interessato.

L'informazione si limita a indicare eventuali limitazioni della capacità d'agire confermate da un provvedimento del diritto di protezione degli adulti. Non entra nel merito della valutazione della capacità d'agire della persona implicata in relazione al negozio giuridico che intende concludere.

d) Costi

Eventuali emolumenti sono a carico dell'istante.